

iv POSITIONEN

DAS MAGAZIN DER INDUSTRIE
DEZEMBER 2024



NEUSTART NOTWENDIG!

Österreich hat sich aus den internationalen Märkten gepreist – wie kommen wir wieder nach vorne?



WIRTSCHAFTSBILDUNG

60 Pilotschulen für mehr Wirtschaft im Unterricht

Seite 4



KÄRNTEN

Der richtige Energiemix für Kärntens Industrie

Seite 10

INTERVIEW

KI bringt „tiefgreifende Veränderungen“ für Industrie

Seite 5

Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien

Expertenmeinung von ANNA REINDL

Die US-Wahlen 2024 und ihre Folgen für Europa

Die Amerikanerinnen und Amerikaner haben am 5. November ihren 47. Präsidenten, Donald Trump, gewählt. Gemeinsam mit dem Sieg der Republikanischen Partei bei den gleichzeitig stattfindenden Wahlen zum US-Kongress hat Trump in seiner bereits zweiten Amtszeit nun eine günstige Basis, seine angekündigten Maßnahmen auch umzusetzen.

Wesentlicher Partner für Europa und Österreich

Die USA sind der wichtigste Handels- und Investitionspartner Europas. 16 Millionen

Arbeitsplätze werden auf beiden Seiten durch die transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen gesichert. Die Vereinigten Staaten sind auch die zweitwichtigste Export- und Investitionsdestination für österreichische Betriebe – die heimischen Exporte in die USA sind im ersten Halbjahr 2024 um 14 Prozent gestiegen.

Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen aktiv gestalten

Gerade in Anbetracht der zahlreichen angekündigten Maßnahmen im Sinne von Trumps „America First“-Politik ist es wichtig, rasch auf die neue US-Regierung zuzugehen und das transatlantische

Verhältnis weiterhin proaktiv zu gestalten. Hierbei sollte an der Lösung bestehender Differenzen gemeinsam gearbeitet werden; gleichzeitig sollten aber auch die europäischen Interessen klar und selbstbewusst vertreten werden.

Natürlich ist dies auch ein deutlicher Weckruf für Europa, an einer nachhaltigen Stärkung seiner eigenen Wettbewerbsfähigkeit zu arbeiten. Eine aktive, regelbasierte Handelspolitik muss vor diesem Hintergrund jetzt mehr denn je forciert werden; Handelspartner müssen diversifiziert, neue Märkte geöffnet und bestmöglicher Zugang für europäische



Anna Reindl, Referentin Internationale Beziehungen & Märkte

Unternehmen weltweit geschaffen werden. Hierzu braucht es einen Ausbau des Netzwerks an EU-Freihandelsabkommen, insbesondere mit Indien, Mexiko, Australien sowie den Mercosur-Staaten.



Logistik: Erhöhung der Mauttarife bringt zusätzliche Belastung

Eine weitere Lkw-Maut-Erhöhung setzt die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts weiter unter Druck. Österreichs Mauttarife sind EU-weit am höchsten.

Der aktuelle Entwurf für die Mauttarifverordnung 2024 des Bundesministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK) sieht ab 2025 eine Erhöhung der Lkw-Mautsätze um bis zu 12,64 Prozent vor. Diese geplante Erhöhung bringt Spannungen in der Logistikbranche, da sie wirtschaftlich nicht tragbar ist.

Die Mauttarife wurden – mit Ausnahme des Jahres 2024 – in den letzten Jahren jährlich

zumind um die durchschnittliche Inflation erhöht. Eine reelle Notwendigkeit gibt es dafür nicht; diese automatisierten jährlichen Erhöhungen sind im Bundesstraßen-Mautgesetz (BSrMG) vorgesehen. Die Berechnung der Tarife erfolgt aufgrund der gesetzlichen Anordnung und führt zu einer überproportionalen Mautsteigerung.

Die IV bekennt sich ausdrücklich zum Ausbau und zur Modernisierung des hochrangigen Straßennetzes, zur Stärkung des Äquivalenzprinzips (durch eine

Umschichtung von Steuern zur Entgeltfinanzierung) und zu einer stärkeren Einbeziehung des Verkehrs zur Erreichung der Energie- und Klimaziele. Ziel muss aber sein, den Nutzen einer nachhaltigen Transportwirtschaft zu berücksichtigen und eine Verzerrung des Wettbewerbs zu verhindern.

Angesichts der ohnehin hohen Belastungen und schwierigen konjunkturellen Situation fordert die Industrie eine maßvolle Lkw-Maut-Erhöhung, die die

Inflation nicht vielfach übersteigt. Notwendige Maßnahmen sind unter anderem der Entfall der Verpflichtung zur jährlichen Inflationsanpassung, die Senkung des Infrastrukturkostenanteils unmittelbar per Verordnung, die Koppelung der CO₂-Tarife mit möglichen technischen Alternativen, das Ende der Doppelbelastung bei den CO₂-Kosten, Zweckbindung bzw. -widmung der Mauteinnahmen, eine transparente Kalkulation sowie Rechts- und Planungssicherheit in Bezug auf die Mauttarife.

Expertenmeinung von FLORIAN ROSENBERGER

KI-Umsetzungsplan 2024: KI-Innovationen für mehr Wettbewerbsfähigkeit

Nur rund ein Fünftel der produzierenden Betriebe setzt KI-Lösungen ein. Besonders in Zeiten des zunehmenden Wettbewerbs- und Kostendrucks sollten die Potenziale von KI genutzt werden.

Seit der Vorstellung der österreichischen KI-Strategie im Sommer 2021 sind rund dreieinhalb Jahre vergangen – keine lange Zeit, möchte man meinen, doch bei künstlicher Intelligenz herrscht eine besondere Dynamik. In der Zwischenzeit haben generative KI-Lösungen Einzug in weite Lebens- und Wirtschaftsbereiche gehalten, und mit dem AI Act trat der erste umfassende Rechtsrahmen für KI in Kraft.

Der KI-Umsetzungsplan stellt als Ergänzung der KI-Strategie mit seinen 47 Maßnahmen quer über alle Bundesressorts einen potenziell wichtigen Schritt dar. Viele

der Vorhaben entsprechen IV-Forderungen: Stärkung des F&E-Standorts, Aufbau eines KI-Hubs, Ausbau von Hochleistungsrechnern, Förderung des KI-Know-hows und von Frauen sowie verstärkter KI-Einsatz in der Verwaltung.

Um Österreich entsprechend der Zielsetzung der KI-Strategie als starken KI-Forschungs- und Innovationsstandort zu positionieren und die volle Wirkungskraft von KI für mehr Wettbewerbsfähigkeit am Standort zu entfalten, muss es gelingen, die Maßnahmen konsequent umzusetzen. Besonderes Augenmerk sollte darauf liegen, KI entlang der gesamten

Innovationskette – in Grundlagenforschung, angewandter Forschung bis zur robusten Anwendung – zu forcieren.

Dies ist wichtig, da aktuell nur rund ein Fünftel der produzierenden Betriebe KI-Lösungen einsetzt. Doch gerade die Möglichkeiten in der Produktion für Produktivitäts- und Effizienzsteigerungen sowie im Bereich neuer Geschäftsmodelle verdeutlichen die Handlungsnotwendigkeit, besonders in Zeiten des zunehmenden Wettbewerbs- und Kostendrucks.

Auch in Zukunft lassen Technologie-durchbrüche in immer kürzer werdenden

Abständen, die Zunahme an Rechenleistung und Datenmengen sowie gewaltige Investitionssummen exponentielle Entwicklungen bei KI erwarten. Wichtig ist es, agil auf die rasanten Fortschritte reagieren zu können, KI-Innovationen am Standort zu fördern, den Anforderungen von Industrie und Wissenschaft gerecht zu werden und KI als Wachstumsfaktor zu nutzen.



Florian Rosenberger, Experte IV-Bereich Forschung, Technologie & Innovation.

Retten wir den Industriestandort Europa, bevor es endgültig zu spät ist!

Die Integration Europas ist in vielen Bereichen unvollendet: Der Binnenmarkt ist unser großes Asset, das wir in die Waagschale des Machtspiels der Weltpolitik werfen können – weitere Vertiefungen und vor allem ein Stopp für wirre und realitätsfremde Bürokratie müssen in den Mittelpunkt einer neuen Standortpolitik gesetzt werden; in der EU, aber auch in Österreich. Die neue Kommission, aber auch die neue Bundesregierung werden liefern müssen ...



Die Welle an Marktaustritten und Desinvestitionen läuft durch Österreich, aber auch durch große Teile Europas. Mit Anfang Dezember hat die neue EU-Kommission ihre Arbeit aufgenommen, sie steht vor massiven Aufgaben: Die Strukturen, die die Union für wirtschaftliche Belange vorsieht, stammen aus Zeiten, in denen völlig andere Bedingungen herrschten. Die Zollunion wurde in den 1960ern geschaffen, der Binnenmarkt ist ein Kind der 1980er-Jahre und die Währungsunion wurde in den frühen 1990ern geformt. Mit all diesen Errungenschaften wurde damals viel erreicht, doch nun hat der Wind endgültig gedreht – der alte Kontinent droht im geopolitischen Machtspiel der Welt unterzugehen, wenn wir nicht an unseren Fähigkeiten und Stär-

ken im Wettbewerb feilen. Es braucht eine klare industriepolitische Vision, die mit einem „Clean Industrial Deal“ die grüne Transformation in echtem Gleichklang mit wirtschaftlichen Stärkefeldern vorantreibt.

In vielen Bereichen ist die Integration Europas noch lange nicht vollendet. Wenn Europa noch über Stärken verfügt, dann ist es der gemeinsame Wirtschaftsraum, der auch international wahrgenommen wird und eine geopolitische Rolle spielt. Nicht zuletzt profitieren vom Abbau wirtschaftspolitischer Hürden innerhalb Europas vor allem kleinere Länder: Schätzungen zufolge bringt der derzeitige Binnenmarkt Luxemburg bei der Wirtschaftsleistung ein Plus von 14 Prozent; Österreich eines von sechs Prozent. Gerade wir haben daher

höchstes Interesse an einer Vertiefung – die Vorschläge des Letta-Reports liegen vor, jetzt muss endlich die Umsetzung kommen.

Damit nicht genug: Insbesondere in der Geld- und Fiskalpolitik – Stichwort Kapitalmarkt –, aber auch in der Einwanderungspolitik braucht es weitere Integrationschritte, damit wir geeint auftreten können. Europa muss an seiner grenzüberschreitenden Infrastruktur arbeiten, die Energiepreise auf ein kompetitives Niveau bringen und ein europäisches Netzwerk aus Spitzenforschung und Top-Universitäten mit Strahlkraft entwickeln. Das alles ist dringender denn je. Wir sehen bereits jetzt, wie uns in einstigen Leitbranchen die Technologieführerschaft abhandenkommt – Länder wie China springen dankbar ein und

machen uns vom selbstbewussten Lieferanten zum abhängigen Kunden.

Eines muss uns dabei bewusst sein: In den Kernherausforderungen müssen wir zusammenhalten und den immer mehr abgehängten Standort wieder auf Vordermann bringen; im Sinne einer wirtschaftlichen Stärke, die uns international in Zeiten machtbasierter Weltpolitik Gewicht verleiht – das gilt für Europa, aber insbesondere auch für Österreich. Nicht nur eine neue EU-Kommission wird liefern müssen, sondern auch eine neue Bundesregierung!

Ihr

Christoph Neumayer (IV-Generalsecretär)



Stiftungsvorsitzender Markus Posch, Stipendiatin Jasmin Eder und IV-Personalchef Andreas Prenner.

ACHT EXZELLENZSTIPENDIEN VERGEBEN

Unter dem Motto „Hunting for Excellence“ vergibt die Dr. Franz Josef Mayer-Gunthof Stiftung der IV 2024 insgesamt acht Exzellenzstipendien.

Die Stiftung möchte dazu beitragen, mehr Forschungsexzellenz aus dem Ausland nach Österreich zu bringen; im Vordergrund steht die Entwicklung von industriennahen Zukunftsthemen. Die Kandidatinnen und Kandidaten haben

in ihrem jeweiligen Forschungsthema mit angesehenen internationalen Universitäten zusammengearbeitet, beispielsweise der Yale University (USA) oder der Lancaster University (UK). Der Hauptpreis ist mit 5.000 Euro

dotiert und geht heuer an Jasmin Eder, die mit der Yale School of Medicine zusammenarbeitet. Ihr wissenschaftlicher Schwerpunkt liegt auf Mechanik und dem Gebiet der innovativen Rehabilitationstechnologien.

Grafik des Monats

Ein Handelskrieg zwischen den USA und der EU könnte Österreich kurzfristig 0,14 Prozent des BIP kosten, so eine aktuelle Studie des Wifo in Kooperation mit dem deutschen Kiel Institut für Weltwirtschaft. Die Verluste im EU-Schnitt (-0,19 Prozent) sowie für Deutschland (-0,29 Prozent) wären deutlich höher. Die Wirtschaftsleistung der USA würde hingegen nur leicht zurückgehen (-0,04 Prozent). Langfristig würden sich die Verluste in Europa vertiefen, während die USA sogar positive Wachstumseffekte verzeichnen. Handelsdeals bzw. Zollreduktionen in den Sektoren Industrie und Landwirtschaft böten für beide Seiten leichte Wachstumspotenziale.

EU-USA: Handelskrieg oder Deal?

Kurzfristige Auswirkungen verschiedener Szenarien auf die Wirtschaftsleistung, in Prozent des BIP



Quelle: Wifo/Kiel Institut für Weltwirtschaft

Zahl des Monats

44,1 %

Die heimische Abgabenquote erreicht im nächsten Jahr laut EU-Herbstprognose leichte Höhen: Sie soll auf 44,1 Prozent (2025) des BIP steigen – 2023: 43,5 Prozent. 2005 lag sie noch bei 42,4 Prozent. Österreich rückt damit auf Platz drei innerhalb der EU vor, hinter Frankreich (46,2 Prozent) und Belgien (44,4 Prozent).

IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at
Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-Nr.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06. Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Redaktion: Aniko Benkö, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Marlena Mayer, Michael Mairhofer, Claudia Mischensky, Christoph Robinson, Michaela Roither, Irene Schulte, Nermina Tičević, Simon Kampfl.
Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich. Lektorat: Bernhard Paratschek.

Grafik: Nicola Skalé, Sarah D'Agostino.

Druck: Druck Styria GmbH & Co KG, 8042 Graz. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 8 x jährlich in einer Auflage von 8.300 Stück, Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at.

Fotos (Cover bzw. Coverstory): Adobe Stock, IV-Burgenland, IV-Kärnten/Helge Bauer, IV-NÖ/Christian Holzinger, IV-OÖ/Pelzl, IV-Salzburg/Kolarik, IV-Steiermark/Marija M. Kanizaj, IV-Tirol/MCI/Klaus Maislinger, IV-Vorarlberg, IV-Wien/CubiCure

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.



„Mehr Frauen in Aufsichtsräten“

Die IV bereitet mit Mentoren in einem Sparring-Programm Frauen in Führungspositionen auf die Rolle in Aufsichtsräten vor. Johanna Hummer, Vizepräsidentin HR und Global Head of People Success bei Sanofi, durchläuft das Programm aktuell mit Stefan Fida, Vorstand der B&C Board AG.

Sie beide nehmen am Sparring-Programm der Industriellenvereinigung teil, einmal als Mentor, einmal als Mentee – wie kamen Sie dazu?

Stefan Fida: Als ich gefragt wurde, musste ich nicht lange überlegen. Ich bin Mitglied in zwei Nominierungsausschüssen und immer daran interessiert, geeignete und motivierte Aufsichtsratskandidatinnen kennenzulernen. Wir müssen den Pool an potenziellen Aufsichtsrätinnen ausbauen. Davon profitieren letztlich Österreichs Unternehmen. Ich freue mich jedenfalls sehr, dass Johanna meine erste Programmpartnerin ist.

Johanna Hummer: Ich habe teilgenommen mit der klaren Zielsetzung, mich auf mein erstes Aufsichtsratsmandat vorzubereiten, die nächsten Schritte auf dem Weg dorthin zu gehen, aber vielmehr noch, das eigene Profil zu schärfen. Mein Sparringpartner Stefan kann mir ein konkretes Bild von der Arbeit in Aufsichtsräten, über die Aufgaben, die Abläufe und auch die Anforderungen geben. Gleichzeitig gibt das Programm auch die Möglichkeit, eine externe Einschätzung über die eigenen Qualifikationen durch weitere erfahrene Aufsichtsräte zu bekommen, und auch Ratschläge, wie ich meine langjährige



Johanna Hummer und Mentor Stefan Fida im Gespräch.

Expertise im HR-Bereich ergänzt durch Erfahrung in Mergers & Acquisitions und ESG aus meinen bisherigen Positionen im nationalen und internationalen Executive-Management einsetzen kann. Ich kann meinen USP, meinen Mehrwert für einen Aufsichtsrat, somit klarer definieren.

Was ist das Wichtigste, was in dem Programm mitgegeben werden kann?

Hummer: In der momentanen wirtschaft-

lichen Situation müssen potenzielle Aufsichtsrätinnen klar erkennen, welche Kompetenzen gefragt sind. Das Ziel ist, das eigene Profil zu schärfen, und da hilft die Beratung von Partnern wie Stefan mit seinen über 20 Jahren an Erfahrung enorm viel.

Fida: Die Schärfung des Profils ist sicher eine der wichtigsten Aufgaben des Programms. Es geht dabei auch darum, zu erkennen, für welche Art Aufsichtsrat man

am besten geeignet wäre, und darauf hinzuwirken. Mir persönlich ist auch wichtig, den Kandidatinnen mitzugeben, dass sie auf ein professionelles Onboarding-Programm bestehen sollten, um die neue Rolle schnell zu erfüllen. Das hat mir zum Beispiel bei meinem ersten AR-Mandat für Semperit sehr geholfen. Als dritten Punkt würde ich hier die Möglichkeit, das eigene Netzwerk zu vergrößern, nennen.

Wie wichtig ist es, dass die Sparringpartner auch persönlich miteinander können?

Fida: Das ist eine Grundvoraussetzung; man arbeitet ja ein Jahr intensiv gemeinsam und sieht sich alle vier bis sechs Wochen, und am Ende soll es für die Kandidatin einen Mehrwert geben. Das geht nur, wenn man sich auch versteht.

Hummer: Auf jeden Fall. Vor dem Beginn der Zusammenarbeit wird auch ein Matching angeboten, bei dem sowohl die Sparringpartner als auch die Teilnehmerinnen gefragt werden, was die genauen Ziele sind; eben damit von Anfang an alles klar ist, eine Gesprächsbasis aufgebaut und rasch Vertrauen gefasst werden kann. Ich habe da mit Stefan auf jeden Fall Glück gehabt.

Wirtschaftsbildung erleben an einer Grazer Pilotschule

Die Stiftung für Wirtschaftsbildung unterstützt derzeit 60 Pilotschulen. IV-Präsident Georg Knill besuchte Schüler in Graz.



IV-Präsident Knill in einer Klasse der Mittelschule Viktor Kaplan in Graz.

In der Mittelschule Viktor Kaplan in Graz steht seit zwei Jahren Wirtschaft auf dem Stundenplan. Das zusätzliche Fach Wirtschaftsbildung bietet den Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit, wirtschaftliche Themen zu vertiefen. Die MS ist eine von 60 Pilotschulen der Stiftung für Wirtschaftsbildung und wird für vier Jahre mit Lehrmaterialien und Weiterbildung für Pädagoginnen und Pädagogen unterstützt.

IV-Präsident Georg Knill diskutierte bei einem Besuch mit den Schülerinnen und Schülern wirtschaftliche Kernthemen wie Wertschöpfung, Produktionsprozesse und Nachhaltigkeit.

Sein Fazit: „Wirtschaftsbildung ist die Basis für ein selbstbestimmtes und wirtschaftlich unabhängiges Leben, denn sie stärkt das Bewusstsein der Schülerinnen und Schüler, sich selbst in unterschiedlichen Rollen an

der Gestaltung der Wirtschaft zu beteiligen. Nicht nur die Schülerinnen und Schüler profitieren, sondern auch Schulen können sich durch ein vermehrtes Angebot an Wirtschaftsbildung abheben und differenzieren.“

Die IV hat die Stiftung für Wirtschaftsbildung 2021 mitgegründet und fordert auch im Rahmen der Initiative SOS-Wohlfühlstand mehr Wirtschaftsbildung an allen österreichischen Schulen.

KOMMENTAR ZUR „FLEXIBLEN KAPITALGESELLSCHAFT“ UNTER IV-FEDERFÜHRUNG

Ein Team von rund 20 Autorinnen und Autoren aus Wissenschaft und Praxis analysiert auf mehr als 700 Seiten das Gesetz über flexible Kapitalgesellschaften (FlexKapGG) und das begleitende Start-up-Förderungsgesetz. Als Co-Herausgeber fungiert IV-Syndikus Philip Aumüllner, der gemeinsam mit dem IV-Bereichsleiter für Wirtschaft, Finanzen und Recht Alfred Heiter mehrere Bestimmungen des FlexKapGG kommentiert. Komplexe Sachverhalte werden darin prägnant aufbereitet, angereichert mit Beispielen, konkreten Tipps und Checklisten. Zielrichtung der Flexiblen Kapitalgesellschaft (Flexible Company oder FlexCo) ist es, Gründern, Start-ups und auch bereits etablierten Unternehmen neue, innovative Wege zur Unternehmensgestaltung zu eröffnen.



BUCHTIPP

Aumüllner / Verweijen (Hrsg.): FlexKapGG und Start-up-FörderungsgG; Kommentar. Verlag Österreich, 2024, 742 Seiten.



WEBTIPP

Unterrichtsmaterialien gibt es auf wirtschaft-erleben.at. Unternehmen können auch Betriebsbesichtigungen für Schulen anbieten.

„Unternehmen müssen bestehende Abläufe hinterfragen“

Der Einsatz von KI bringt einen starken Hebel für die Produktivität in der Industrie. Welche Chancen sehen Sie in der Anwendung von KI in produzierenden Unternehmen?

Andreas Kugi: KI hat das Potenzial, in allen Phasen der Produktentstehung und -verwertung sowie entlang des gesamten Produktlebenszyklus als Innovationsmotor zu wirken und zum Teil disruptive Veränderungen auszulösen. Bereits in der Entwicklungsphase unterstützt KI bei kundenindividualisiertem Produktdesign, Material-, Ressourcen- und Energieoptimierung sowie schneller Prototypenentwicklung und Testung. In der Fertigung optimiert KI Produktionsabläufe, führt Qualitätskontrollen in Echtzeit durch, steigert die Flexibilität, entlastet Mitarbeitende und hält Anlagen am optimalen Betriebspunkt hinsichtlich Ressourcen, Energie und Durchsatz. Im Marketing und Vertrieb ermöglicht KI präzisere Marktanalysen, personalisierte Kundenansprache und vorausschauende Bedarfsplanung. Modernes Wissensmanagement profitiert ebenfalls von KI; durch Technologien wie Retrieval-Augmented Generation

(RAG), Wissensgraphen und Large Language Models (LLMs), die Wissen effizient organisieren und für fundierte Entscheidungen nutzbar machen.

Der Einsatz von KI löst einen weitreichenden Change-Prozess in Unternehmen aus. Was sollten diese beachten?

Der Einsatz von KI bringt tiefgreifende Veränderungen auf technologischer, organisatorischer und kultureller Ebene mit sich. Unternehmen müssen bestehende Abläufe hinterfragen und häufig grundlegend neu denken, um das Potenzial der Technologie auszuschöpfen. Dabei ist es essenziell, Mitarbeitende von Anfang an einzubeziehen; mit Schulungen, Weiterbildungsprogrammen und einer offenen Kommunikationskultur Ängste abzubauen und Akzeptanz zu fördern. Domänenwissen der Mitarbeitenden sollte gezielt mit KI-Methoden kombiniert werden, um Synergien zu schaffen. Zudem müssen effiziente Governance-Strukturen etabliert werden, um einen verantwortungsvollen und transparenten Einsatz von KI zu gewährleisten.

Welche Bedeutung haben Datenräume für die KI-Entwicklung und wie kann die Industrie davon profitieren?

Datenräume bilden das Fundament für innovative KI-Lösungen, indem sie einen sicheren, kontrollierten und skalierbaren Austausch von Daten zwischen Unternehmen ermöglichen. Sie fördern übergreifende Effizienzgewinne und Synergien, während sie gleichzeitig Datensouveränität und Wettbewerbsschutz gewährleisten. Besonders für KMUs sind Datenräume entscheidend, da sie Zugang zu umfangreichen und hochwertigen Daten schaffen, die einzelne Unternehmen oft nicht generieren können. Dies stärkt ihre Wettbewerbsfähigkeit und ermöglicht die Entwicklung gemeinsamer KI-Lösungen, ohne dass hohe Investitionen in eigene Dateninfrastrukturen erforderlich sind.

Wie stellen Sie sich im AIT dazu auf und wie können Sie dieses Wissen auch in die Unternehmen bringen?

Das AIT positioniert sich als Brücke zwischen universitärer Forschung und industrieller Praxis. Mit rund 1.500



Andreas Kugi ist seit 2023 wissenschaftlicher Leiter des AIT Austrian Institute of Technology und an der TU Wien als Universitätsprofessor für komplexe dynamische Systeme tätig.

Mitarbeitenden, darunter über 200 im Bereich Digitalisierung und KI, entwickelt es maßgeschneiderte Lösungen für die Industrie. Schwerpunkte umfassen u. a. KI-basierte Automatisierung in der Fertigung, intelligente Assistenzsysteme, autonome Arbeitsmaschinen, neue Mensch-Maschine-Interaktionskonzepte mit XR-Technologie, Cybersecurity, nachhaltige Energielösungen und generative KI für Wissensmanagement, Produktdesign und Prozessoptimierung. Durch enge Kooperation in Forschungs- und Umsetzungsprojekten wird dieses Wissen direkt in die Industrie übertragen. Mit der AIT AI-Task Force bündelt das Institut seine Expertise, um Unternehmen bei der Entwicklung und Implementierung innovativer Lösungen zu unterstützen.

HOCHBEGABUNG ALS SCHLÜSSEL ZUR ZUKUNFT

Im Haus der Industrie fand der „Unleashing Brilliance Summit 2024“ von MENSEA, IV und WK statt.



V.l.n.r.: Martin Hubinger (MENSEA Österreich), Claudia Mischensky (IV), Melina Schneider (WKÖ), Moderatorin Silvia Wirnsberger (MENSEA Österreich) und Peter Berger (MENSEA Österreich).

Im Haus der Industrie in Wien fand im Oktober der „Unleashing Brilliance Summit“ statt – eine Veranstaltung, die sich der Entdeckung und Förderung von Hochbegabung widmet. Gemeinsam organisiert von MENSEA Österreich, der Industriellenvereinigung und der Wirtschaftskammer Österreich stand die Frage im Mittelpunkt, wie Talente gezielt gefördert werden können, um den Herausforderungen der Arbeitswelt zu begegnen.

Begabung zeigt sich nicht nur in intellektuellen Spitzenleistungen, sondern auch in Kreativität, technischer Kompetenz und sozialem Verständnis. Studien zufolge besitzen bis zu 20 Prozent der Menschen das Potenzial für Spitzenleistungen, das jedoch zu selten voll entfaltet wird.

Für die Industrie bedeutet dies nicht nur einen Verlust an Fachkräften, sondern auch an Innovationskraft.

IV-Vizegeneralsekretärin Claudia Mischensky brachte es auf den Punkt: „Jedes ungenutzte Talent ist nicht nur eine verpasste Chance für den Einzelnen, sondern auch für die gesamte Gesellschaft. Es liegt an uns, diese Potenziale zu erkennen und gezielt zu fördern.“ Für die IV ist die Förderung von Begabungen nicht nur eine Investition in die Zukunft, sondern auch eine wesentliche gesellschaftliche Verantwortung.

Im Fokus der Workshops standen daher die Identifikation von Begabungen in Schulen, die Integration Hochbegabter in Unternehmen und ihre Rolle als Treiber von Innovationen.

IDEEN GEGEN MARKTSKEPSIS UND ÜBERBÜROKRATISIERUNG

Wirtschaftsminister Martin Kocher und Agenda-Austria-Direktor Franz Schellhorn zu Gast im IV-Ausschuss für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik.

Anfang November rückte der IV-Ausschuss für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik das „Vertrauen in den Markt“ ins Zentrum. Nach einer Einleitung durch den Ausschussvorsitzenden Georg Feith hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Gelegenheit, mit Wirtschaftsminister Martin Kocher und Agenda-Austria-Direktor Franz Schellhorn über Wettbewerbsfähigkeit, Entbürokratisierung und Marktskepsis zu diskutieren.

Kocher plädierte für eine Senkung der Lohnnebenkosten und eine Reduktion

der Berichtspflichten. Auf EU-Ebene brauche es Allianzen, um klarzumachen, dass gut gemeinte Richtlinien wie das Lieferkettengesetz negative Kollateraleffekte auf die Industrie haben. Schellhorn plädierte für einen schlanken Verwaltungsapparat, ein Bewusstsein dafür, wo Wertschöpfung passiert, eine Staatsausgabenbremse und die Trennung von Wirtschaftsbildung und Geografieunterricht. Im Anschluss sprach die Chefredakteurin des neuen Wirtschaftsmediums Selektiv, Sara Grasel, über die Rolle des Wirtschaftsjournalismus und die Verantwortung der Medien.



Wirtschaftsminister Kocher sprach über Entbürokratisierung.

Österreichs Wirtschaft braucht einen Neustart

Es ist Feuer am Dach: Österreich hat sich aus den internationalen Märkten gepreist. Welche Schritte sind nun notwendig, um das Land wieder auf die Spur der Aufsteiger zu bringen?



„Die jüngsten Entwicklungen sind besorgniserregend und sollten die Alarmglocken schrillen lassen – trotz deutlicher Reallohnzuwächse hat Österreich in den letzten fünf Jahren an Wohlstand verloren.“

Georg Knill
IV-Präsident

Wohl nur aufgrund seiner geringeren Größe im Vergleich zu Deutschland ist Österreich das zweifelhafte Prädikat des „kranken Mannes“ Europas bis dato erspart geblieben, vermutet der Chefökonom der Industriellenvereinigung, Christian Helmenstein, in Hinblick auf eine Titelseite des „Economist“ im Vorjahr. Nachdem die Wirtschaft in Österreich vergangenes Jahr bereits um 1,0 Prozent geschrumpft war, droht heuer ein erneuter Rückgang von 0,6 Prozent (IHS/Wifo-Prognose). In Deutschland wird (nach minus 0,3 Prozent im Vorjahr) heuer mit einem vergleichsweise milden Rückgang von minus 0,2 Prozent gerechnet. Zwei Jahre Rezession – für die Industrie bereits drei Jahre – hinterlassen mittlerweile deutliche Spuren: Die Zahl der Insolvenzen steigt und hat Auswirkungen für Tausende von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Durch die Schwäche in der internationalen Wettbewerbsfähigkeit drohen Österreich Wohlstandsverluste mit Folgen für die Finanzierbarkeit des gut ausgebauten Sozialstaats.

„Die jüngsten Entwicklungen sind besorgniserregend und sollten die Alarmglocken schrillen lassen – trotz deutlicher Reallohnzuwächse hat Österreich in den letzten fünf Jahren an Wohlstand verloren; kurz gesagt: Es ist Feuer am Dach“, warnt Georg Knill, Präsident der Industriellenvereinigung. Ein Ausweg aus konjunkturellen Krisen lief in der Vergangenheit in Österreich laut Helmenstein immer nach einem bestimmten Muster ab, das von einem kräftigen außenwirtschaftlichen Positiv-Impuls geprägt war. Gelingt es, mit Maßnahmen entlang dieses Musters einen Aufschwung zu unterstützen, könne Österreichs bisher exportstarke Industrie vom Wirtschaftswachstum in anderen Weltregionen profitieren und so einen Weg aus der Rezession finden (siehe Grafik unten).

„Das Fundament der österreichischen Wirtschaft war traditionell ein dynamischer Konjunkturzyklus, angestoßen durch einen außenwirtschaftlichen Impuls und getragen durch eine starke Export- und Investitionskomponente. In den letzten Jahren ist dieses Erfolgsmodell ins Stocken geraten. Während derzeit 60 und im kommenden Jahr sogar 72 Volkswirtschaften mit über vier Prozent wachsen, kann Österreich kaum Vorteile aus diesen Wachstumsimpulsen ziehen“, erklärt Knill. Mit einer Exportquote von 60 Prozent sichern exportierende Unternehmen in Österreich 1,2 Millionen Arbeitsplätze. 80 Prozent dieser Produkte wurden bisher innerhalb Europas geliefert. Mit einem Mix aus Handelsabkommen und wettbewerbsstärkenden Maßnahmen können die Potenziale weiter entfernter Märkte genutzt werden.

Energiepreise und Lohnstückkosten

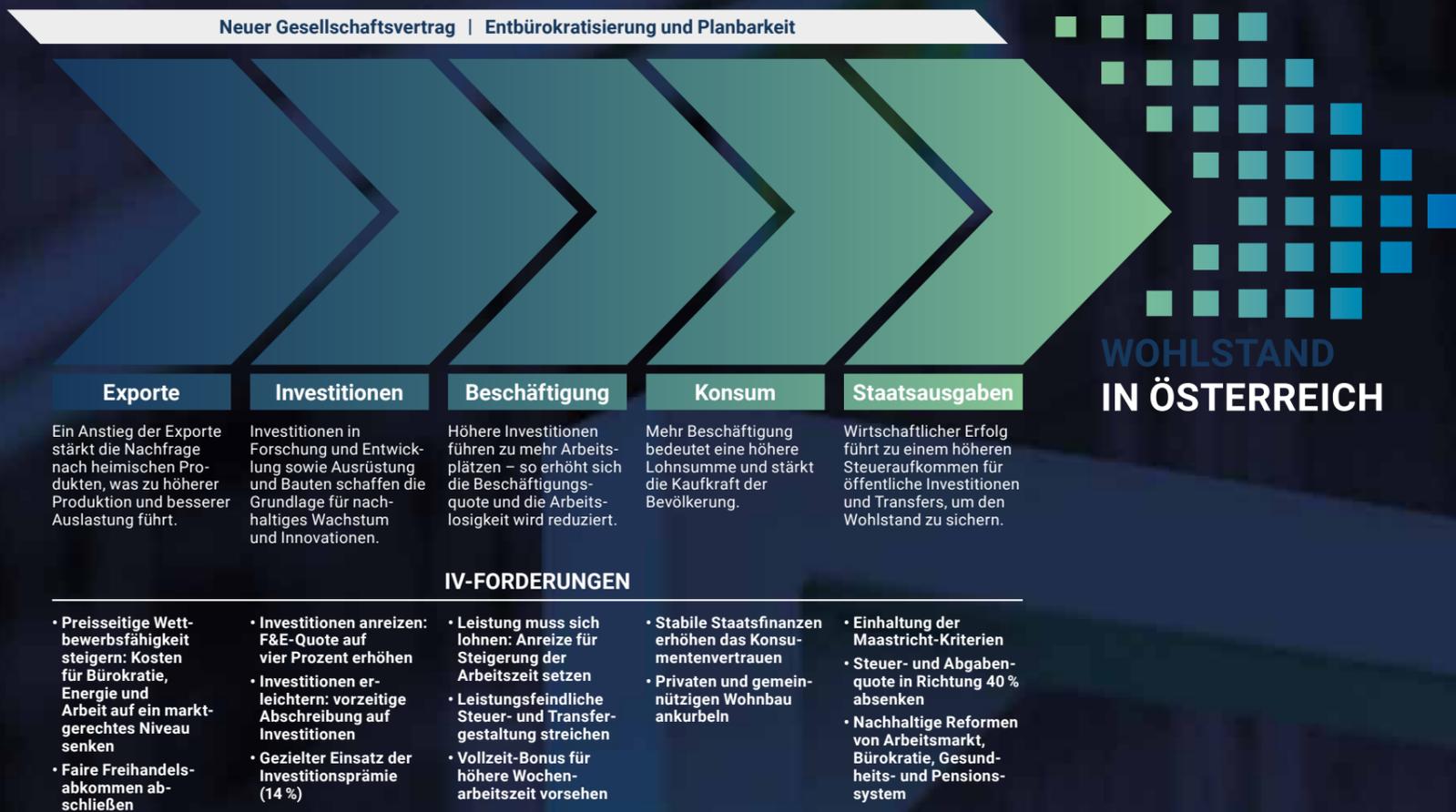
„Das Problem ist, dass Österreich an diesem globalen Wachstum nicht teilnehmen kann. Wir haben uns in den vergangenen Jahren völlig aus dem Markt gepreist und verlieren ständig an Marktanteilen“, so Knill. Zum einen sind die Energiepreise anhaltend hoch und steigen gerade wieder an – Erdgas, das in der energieintensiven Industrie im Übergang zu Wasserstoff noch viele Jahre

gebraucht wird, war zuletzt etwa fünfmal so teuer wie in den USA. Aber auch die hohen Lohnstückkosten, getrieben von den kräftigen Nominallohnabschlüssen der letzten Jahre ohne Verbesserungen in der Arbeitsproduktivität, verschärfen die Lage. Seit 2021 sind die Lohnstückkosten in Österreich um 30,2 Prozent gestiegen, in Deutschland lediglich um 14,3 Prozent und in Italien gar nur um 7,1 Prozent.

Ein Blick nach Deutschland zeigt: „Dort werden Kollektivvertragsabschlüsse mit größerer Weitsicht und höherem Verantwortungsbewusstsein verhandelt. Die Arbeitnehmervertretungen berücksichtigen die prekäre wirtschaftliche Situation. In Österreich hingegen fordern die Gewerkschaften weiter überzogene Gehaltssteigerungen, die in der wirtschaftlichen Lage nicht machbar sind. Unsere Warnungen in den letzten Jahren wurden ignoriert. Nun spüren wir alle die Folgen der Verantwortungslosigkeit der Gewerkschaftsvertreter“, so Knill.

Der Zyklus des Aufschwungs

Wie also läuft der typische Zyklus eines Wirtschaftsaufschwungs in Österreich ab? Ein langfristiger Konjunkturzyklus beginnt mit einem außenwirtschaftlichen Impuls. Das führt bei steigender Kapazitätsauslastung zu einer Ausweitung der Investitionen. Mit neuen Kapazitäten sind typischerweise zusätzliche Arbeitsplätze verbunden. Dadurch steigt die Beschäftigung und die Löhne ziehen an, was über eine wachsende Kaufkraft der privaten Haushalte schließlich in eine steigende Konsumnachfrage mündet. Dieser Zyklus führt zu Wohlstandszuwächsen und höheren Steuereinnahmen, die wiederum die Basis für öffentliche Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Gesundheit bilden – ein Weg, der in Österreich auch



nach der Rezession 1993 einen kräftigen Aufschwung ermöglicht hat: Nachzieheffekte der Ostöffnung und eine starke Auslandsnachfrage aus den USA sorgten für außenwirtschaftliche Impulse. Eine breit angelegte strukturelle Steuerreform stärkte die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte und die Eigenkapitalbildung der Unternehmen – die Abschaffung der Gewerbe- und Vermögensteuer senkte trotz Erhöhung der Körperschaftsteuer die effektive Steuerbelastung – und setzte Anreize für Investitionen. Gleichzeitig wurde mit öffentlichen Aufträgen und der Wohnbauförderung der Länder die Bauwirtschaft stabil gehalten, was ebenfalls die Erwartungen der privaten Haushalte stabilisierte. Im Sinne der Wettbewerbsfähigkeit – vor allem in Hinblick auf die Ostöffnung – und aufgrund der schwierigen konjunkturellen Lage gelangen bei den Herbstlohnrunderungen 1993 und 1994 Einigungen auf zurückhaltende Lohnabschlüsse. Im Jahr 1995 folgte schließlich der Beitritt zur Europäischen Union, was Österreich die Teilhabe an den wirtschaftlichen Chancen eines großen Binnenmarkts eröffnete.

„Eine wachsende Auslandsnachfrage und steigende Investitionen im Inland sind die beiden Haupttreiber eines langanhaltenden, sich selbst tragenden Aufschwungs in Österreich gewesen, und sie werden es auch in Zukunft sein“,

„Während derzeit 60 und im kommenden Jahr sogar 72 Volkswirtschaften mit über vier Prozent wachsen, kann Österreich kaum Vorteile aus diesen Wachstumsimpulsen ziehen.“

sagt Helmenstein. „Um im Export erfolgreich zu sein, ist es allerdings unverzichtbar, preislich wettbewerbsfähige Güter und Dienstleistungen anbieten zu können.“

Innovation und Infrastruktur

Neben kurzfristigen Maßnahmen darf auch die langfristige Zukunftsfähigkeit des Standorts nicht aus dem Blick geraten, sagt Knill: „Angesichts steigender Produktionskosten und des Fachkräftemangels ist es notwendig, gezielt in die Wettbewerbsfähigkeit zu investieren. Wir brauchen eine starke FTI-Politik, um Wohlstand und Resilienz für Österreich und Europa zu sichern.“ Durch stärkere Investitionen wird ein Umfeld geschaffen, das nachhaltiges Wachstum und Innovationen ermöglicht, was wiederum zu einer höheren Wettbewerbsfähigkeit führt. Investitionen in Forschung, Entwicklung und Infrastruktur bilden die Grundlage für langfristiges Wachstum. Es braucht daher eine Erhöhung der F&E-Quote auf vier Prozent des BIPs, vorzeitige Abschreibungsmöglichkeiten und einen gezielten Einsatz einer neu aufgelegten Investitionsprämie von 14 Prozent.

Zudem braucht es dringend die Einführung von Anreizen zur Steigerung der Arbeitszeit, wie beispielsweise die Schaffung eines Vollzeit-Bonus oder die Streichung leistungshemmender Steuer- und Transfergestaltungen. „Österreich hat eine der höchsten Abgabenquoten auf Arbeit weltweit. Arbeitgeber und Arbeitnehmer zahlen rund 46,8 Prozent an Abgaben. Österreich liegt bei der Belastung des Faktors Arbeit im OECD-Schnitt an dritter Stelle – ein hoher Anteil der Belastung ist auf die sogenannten Lohnnebenkosten zurückzuführen“, so der IV-Präsident. Und abschließend: „Wir müssen diesen negativen Entwicklungen dringend ein Ende setzen, das Feuer löschen und rasch mit dem Wiederaufbau starten.“

„Österreich hat eine der höchsten Abgabenquoten auf Arbeit weltweit: Arbeitgeber und Arbeitnehmer zahlen rund 46,8 Prozent an Abgaben. Österreich liegt bei der Belastung des Faktors Arbeit im OECD-Schnitt an dritter Stelle; ein hoher Anteil der Belastung ist auf die sogenannten Lohnnebenkosten zurückzuführen.“

Spin-off Austria Conference: Mit Deep Tech zur Technologie-Souveränität

Mitte November diskutierten nationale und internationale Expertinnen und Experten darüber, wie die Ausgründung von Spin-offs aus Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen gestärkt werden kann.

Die Ausgründung von Spin-offs aus Universitäten ist ein wichtiger Bestandteil der Dritten Mission der Universitäten. Deep-Tech-Startups tragen zur Technologiesouveränität Europas und Österreichs bei, indem sie den Transfer von Innovationen in den Schlüsseltechnologien der Zukunft vom Labor in den Markt vorantreiben. In Bereichen der Grundlagenforschung sind Europa und Österreich oftmals international führend; die Umsetzung der Ergebnisse in global erfolgreiche Produkte

und Dienstleistungen wird dann jedoch in anderen Regionen der Welt schneller und konsequenter vorangetrieben. Die Forcierung des Wissens- und Technologietransfers ist daher ein Baustein für den zukünftigen Wohlstand. Junge Deep-Tech-Unternehmen sind wichtige Partner der forschungsstarken Leitbetriebe bei der Entwicklung der Innovationen der Zukunft. Die Industriellenvereinigung ist daher auch in diesem Jahr Kooperationspartner der jährlich stattfindenden Spin-off Austria Conference.

Mitte November diskutierten auf der Spin-off Austria Conference 2024 nationale und internationale Expertinnen und Experten, wie die Ausgründung von Spin-offs aus Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen gestärkt werden kann. Ein besonderes Augenmerk wurde dabei auf den Umgang mit geistigem Eigentum gelegt. Die Sichtweise eines österreichischen Leitbetriebs aus der Zusammenarbeit mit Startups und Universitäten hat Rudolf Zauner, Innovation Manager bei der VERBUND AG, eingebracht.



8. Summit Industrie 4.0: Schlüsseltechnologien als Hebel für Innovation

Für eine innovative und wettbewerbsfähige Produktion müssen die Digitalisierung und der Einsatz moderner Technologien weiter vorangetrieben werden.

Der 8. Summit Industrie 4.0 stand Ende November in Hall in Tirol ganz im Zeichen der Chancen von intelligenten Lösungen für die Industrie und bot einen Einblick in die umfassenden Facetten der Produktion der Zukunft. Thomas Welser, CEO Welser Profile und seit 2024 Vorstandsvorsitzender der Plattform Industrie 4.0 Österreich, betonte bei der Eröffnung die Bedeutung der Digitalisierung als entscheidender Hebel für die Wettbewerbsfähigkeit und unterstrich die Notwendigkeit einer intensiveren Verzahnung zwischen Unternehmen, getrieben durch sicheren und souveränen Datenaustausch. Keynotes von Birgit Vogel-Heuser, TU München, und Andreas Windisch, Joanneum Research Forschungsgesellschaft, verdeutlichten die Möglichkeiten von Mensch-Maschine-Interaktionen und die Chancen von KI

für den Standort. Daneben standen inspirierende Industrie-Use-Cases (u. a. Fill, Fronius, IBM, Rexel, T-Systems, Welser Profile) sowie Digitalisierungsaktivitäten aus dem Vereinigten Königreich auf der Agenda. Bei der Pressekonferenz im Vorfeld des Summits betonte Rainer Haag, geschäftsführender Gesellschafter der ematric GmbH und Vorsitzender der Task Force Industrie 4.0 der IV Tirol, die hohe Bedeutung von Automatisierung und digitalen Lösungen für Produktivitäts- und Effizienzsteigerungen in der Produktion und damit für eine innovative, resiliente und wettbewerbsfähige Industrie. Für die Entwicklung und Anwendung smarterer Lösungen braucht es innovative Ökosysteme, das kollaborative Zusammenwirken von Wissenschaft und Wirtschaft, eine Stärkung des Risikokapitalmarkts sowie ausreichend Talente und Fachkräfte.



V.l.n.r.: Mario Gerber, Jimmy Heinzl, Elfriede Schober, Michael Wiesmüller, Rainer Haag und Thomas Welser auf dem Summit Industrie 4.0.



V.l.n.r.: Anton Ofner (Präsident ASI), Mercedes Ritschl (IV), Valerie Höllinger (CEO ASI).

AUSTRIAN STANDARDS: AUSZEICHNUNG FÜR IV-EXPERTIN

IV-Expertin Mercedes Ritschl (Bereich Wirtschafts-, Finanzpolitik und Recht) wurde von Austrian Standards für ihr herausragendes Engagement zur Förderung der Standardisierung ausgezeichnet. Auch Annemarie Mille (WKÖ) und Peter Reichel (OVE) erhielten entsprechende

Auszeichnungen. Ritschl ist Geschäftsführerin des Rechtspolitischen Ausschusses der IV und seit 2015 Mitglied des Präsidialrats von Austrian Standards und setzt sich auch in dieser Position für die Interessen der Industrie und des Wirtschaftsstandorts Österreich ein. Die Verleihung fand im Rahmen einer Jubiläumsfeier der österreichischen Organisation für Standardisierung und Innovation, Austrian Standards, statt, die unter dem Ehrenschild von Bundespräsident Alexander Van der Bellen stand.



V.l.n.r.: Georg Frischeis, Klaudia Tanner und Georg Knill bei der Urkundenverleihung.

FESTAKT 45 JAHRE GARDEPARTNERSCHAFT

Heuer jährt sich der Abschluss der Partnerschaft zwischen Österreichs Garde und der Industriellenvereinigung bereits zum 45. Mal – seit 1979 verbindet beide Organisationen ein besonderes Band der gegenseitigen Wertschätzung und Kooperation, getragen durch gemeinsame Werte. Am 11. Oktober fand zu diesem Anlass ein Festakt in der Maria-Theresien-

Kaserne Wien statt. Nach einer Fanfare zu Beginn folgten Reden von Gardekommandant Oberst Georg Frischeis, IV-Präsident Georg Knill und Verteidigungsministerin Klaudia Tanner, in denen man auf die gemeinsame Geschichte zurückblickte. Zur Erinnerung an 45 Jahre Partnerschaft überreichte Präsident Knill Oberst Georg Frischeis ein graviertes Silbertablett. Verteidigungsministerin Tanner überreichte ihrerseits eine Urkunde des Bundesheers an die IV.

Club1031 diskutiert IV-Positionen mit Präsident Knill

Am 19. November hatte der Club1031 die besondere Ehre, Georg Knill, Präsident der Industriellenvereinigung, zu einem inspirierenden Clubabend im „eigenen Haus“ willkommen zu heißen. Sophie Ryba, Präsidentin des Club1031, begrüßte dabei rund 60 Clubmitglieder und ausgewählte Gäste. Die hohe Teilnehmerzahl verdeutlichte das große Interesse am Thema des Abends.



„Standort Österreich – der Weg zurück in die erste Reihe“

Die Veranstaltung gab den Anwesenden die Gelegenheit, die Positionen der IV aus erster Hand zu hören und diese aktiv zu hinterfragen und auf Herz und Nieren zu prüfen. Die rege Diskussion drehte sich um die vielfältigen Herausforderungen, die Österreichs Betriebe in diesen wirtschaftlich schwierigen Zeiten bewältigen müssen. Neben dem Fachkräftemangel wurde auch die Frage erörtert, wie die Exportquote gesteigert und Innovationen gezielt vorangetrieben werden können. Ein weiteres großes Problem stellt die alarmierende Entwicklung der Lohnstückkosten dar. IV-Präsident Georg Knill verdeutlichte das Ausmaß mit einem Vergleich: In den vergangenen drei Jahren sind die Lohnstückkosten in Österreich um 30 Prozent gestiegen, während dieser Anstieg in Deutschland nur 17 Prozent, in Italien sieben Prozent und in der Schweiz sechs Prozent betrug. Diese Kostenexplosion beeinträchtigt Österreichs Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich erheblich. Angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen (Österreichs Wirtschaft verzeichnet zwei Rezessionsjahre in Folge) herrschte bei den Teilnehmern Einigkeit, dass schnelles und entschlossenes Handeln notwendig ist: Es muss jetzt etwas getan werden, damit der Standort Österreich nicht weiter an Wettbewerbsfähigkeit verliert bzw. weiter abgleitet.

Ein zentrales Thema des Abends war die Rolle der Politik in wirtschaftlich turbulenten Zeiten. Intensiv wurde diskutiert, was man von der Politik und der neuen Regierung erwarten kann und ob tatsächlich alle Beteiligten die gleiche Dringlichkeit empfinden, notwendige Veränderungen und ggf. auch unangenehme Maßnahmen umzusetzen. Man war sich einig, dass Österreich als Hochsteuerland kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem hat. In diesem Zusammenhang wurde die Rolle einer Schuldenbremse nach Vorbild Deutschlands kontrovers diskutiert. Strukturelle Reformen sind unerlässlich, um ineffiziente Mittelverwendung zu beenden und den Weg für nachhaltiges Wachstum zu ebnen.

Die zentrale Erkenntnis des Abends

Österreich steht vor großen Herausforderungen, es gibt aber klare Stellschrauben, die zu Verbesserungen führen können: Fachkräfte müssen gezielt ausgebildet, Exportunternehmen stärker unterstützt und Innovationen intensiver gefördert werden. Zugleich bedarf es eines klaren Fokus auf die Kostenentwicklung: Diese gehört eingedämmt,

um die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts wiederherzustellen. Es ist dringend, JETZT zu handeln, damit Österreich wirtschaftlich und lebensstandardmäßig nicht weiter zurückfällt. Die Mitglieder des Club1031 sind jedoch überwiegend der Meinung, dass es auch an den Unternehmern liegt, hier einen aktiven Beitrag zu leisten, und dass ein „Warten auf die Politik“ nur bedingt zielführend sein wird. Doch eine zentrale Frage bleibt: Wer treibt die notwendigen Reformen voran – und wie viel Zeit bleibt, bevor der Standort weiter abrutscht?

Die Rolle des Club1031

Der Club1031 versteht sich als überparteiliche Plattform von Vordenkern, die nicht nur über Probleme sprechen, sondern aktiv nach Lösungen suchen. Eine der Schlüsselfragen des Abends lautete: Wie können wir als vorausdenkende Unternehmer dazu beitragen, Österreich wieder auf Erfolgskurs zu bringen?

Als Netzwerk innovativer junger Führungspersönlichkeiten bietet der Club1031 seinen Mitgliedern eine Plattform, um konkrete Ansätze für wirtschaftliche und gesellschaft-



liche Herausforderungen zu entwickeln. Unterstützt von der IV treffen sich die Mitglieder zum regelmäßigen Austausch in vertrautem Rahmen mit führenden Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik.

Auch 2025 verspricht im Club1031 ein Jahr voller spannender Begegnungen und Denkanstöße zu werden. Im Frühjahr sind bereits zwei Gäste für Club1031-Diskussionsabende fixiert: der CEO der Österreichischen Post AG, Walter Oblin, und René Knapp, Mitglied des Vorstands der UNIQA Insurance Group AG, werden für einen regen und offenen Austausch zur Verfügung stehen.

Autorin: Sophie C. Ryba,
Präsidentin Club1031



WEBTIPP

Mehr Informationen unter:
www.club1031.at



FORDERUNGEN AN DIE KÜNFTIGE BUNDESREGIERUNG

Für eine zukunftsfähige und gerechte Gesellschaft.

Die Herausforderungen unserer Zeit sind gewaltig und verlangen entschlossenes Handeln: Der Staat steckt in einer prekären Budgetlage, gleichzeitig schreitet die Deindustrialisierung voran – Insolvenzen und Restrukturierungen sind an der Tagesordnung.

Unternehmen brauchen dringend Entlastung: niedrigere Personalkosten, wettbewerbsfähige Energiepreise und einen radikalen Bürokratieabbau – das Bürokratiemonster muss endlich an die Kette gelegt werden.

Für den Staat heißt es, den Spagat zwischen Sparen und Investieren zu meistern: Ausgaben klug konsolidieren, gleichzeitig in die richtigen Projekte investieren. Das sind wir der Gesellschaft und den Steuerzahlern schuldig – und zwar mehr als nur warme Worte.

Ohne Pensionsreform bleibt das Budgetloch ungestopft. Das System ist nicht nachhaltig und braucht klare Maßnahmen: Das gesetzliche Pensionsantrittsalter muss steigen, Früh- und Korridor pensionierungen müssen zurückgedrängt werden. Wer länger arbeitet, sollte auch belohnt werden. Und ja, Vollzeit-Pensionen erfordern auch mehr Vollzeitarbeit – mit fast der Hälfte der Bevölkerung in Teilzeit geht sich das einfach nicht aus. Für Ganztagsarbeitende können wir über steuerliche Entlastungen sprechen, sofern das System stabil ist.

Programme wie Klimabonus und Bildungskarenz gehören auf den Prüfstand; in ihrer aktuellen Form sind sie weder sozial treffsicher noch zukunftsfähig. Abschaffen oder massiv einschränken – daran führt kein Weg vorbei. Kinderbetreuung darf kein Glücksspiel mehr sein. Wir brauchen ausreichend Betreuungsplätze, damit Eltern verlässlich planen können – und alle eine faire Chance bekommen. Ein starkes Fundament für die Zukunft beginnt hier.

Der Bildungsstandort muss kräftig gestärkt werden – Forschung, Digitalisierung, künstliche Intelligenz, Wirtschaftsbildung, Unternehmertum und vor allem MINT, MINT, MINT müssen auf allen Bildungsebenen massiv ausgebaut werden. Nur so fördern wir die Talente von morgen, treiben Innovationen voran und bleiben wettbewerbsfähig – denn ohne eine solide Bildung im MINT-Bereich wird die Vision Zukunft schnell zur Wunschvorstellung. Und das ist kein Wunschdenken, sondern höchste Zeit! Diese Reformen sind realistisch und umsetzbar. Die Zeit der Ausreden ist vorbei. Eine zukünftige Bundesregierung muss den Mut und die Entschlossenheit aufbringen, um eine gerechte und nachhaltige Zukunft für alle zu gewährleisten – und zwar jetzt.

Julia Aichhorn,
Bundesvorsitzende der Jungen Industrie

Erneuerbarer Energiemix für die Kärntner Industrie zur Sicherung des Standorts

20 energieintensive Industriebetriebe in Kärnten haben im Rahmen einer Befragung eine Einschätzung ihrer Energiebedarfe bis 2040 abgegeben, um einen wichtigen Input für die Kärntner Energiestrategie zu liefern. Das Ergebnis: Der Strombedarf der besagten Betriebe wird sich bis 2040 verdoppeln, die Nachfrage nach Wasserstoff steigt erheblich. Handlungsfelder wurden formuliert, mit den Studienergebnissen in einer Broschüre zusammengefasst und bei einer Pressekonferenz präsentiert.

Im Rahmen einer repräsentativen Studie hat die Industriellenvereinigung Kärnten in Kooperation mit der Kelag und in Zusammenarbeit mit 20 energieintensiven Unternehmen einen Plan zur mittelfristigen Dekarbonisierung der Kärntner Industrie erarbeitet. Diese Unternehmen repräsentieren mehr als 50 Prozent des Industriestrombedarfs bzw. mehr als 65 Prozent des Industrie-gasbedarfs in Kärnten. Konkret haben die Betriebe sehr umfangreiche Fragebögen ausgefüllt und detaillierte Angaben zu ihren Energiebedarfen bis 2040 geliefert, die anschließend vom internationalen Beratungsunternehmen Compass Lexecon analysiert und ausgewertet wurden“, erklärt Claudia Mischensky, Geschäftsführerin der IV-Kärnten. Daraus wurde ein strategisches Zielbild entwickelt, das zeigt, durch welchen Energieträgermix

der Bedarf der Kärntner Industrie in Zukunft abgedeckt werden könnte. Der Titel der Studie: „Nachhaltiger Energiemix für die Kärntner Industrie“.

Hintergrund für die Abfrage der Bedarfe der energieintensiven Industrie ist die Energiestrategie des Landes Kärnten, welche im Auftrag von Energiereferent Sebastian Schuschnig (ÖVP) unter Federführung der FH Kärnten erstellt wird. „Hier hat es aus Sicht der IV-Kärnten Lücken gegeben, die mit den vorliegenden Ergebnissen geschlossen werden sollen“, so Mischensky – denn immerhin rechnen die 20 befragten Unternehmen damit, dass sich der Strombedarf bis zum Jahr 2040 auf 2.649 GWh verdoppeln und die Nachfrage nach Wasserstoff bis 2030 von derzeit nahezu null auf mehr als 1000 GWh steigen wird.

Industriebundesländer in Österreich und die Kärntner Industrie ist im Vergleich sehr energieintensiv. Es zeigt sich, dass die Strombedarfe und auch der Bedarf nach grünem Wasserstoff stark ansteigen werden. Durch den Umstieg auf diese Energieträger kann die Kärntner Industrie das Ziel einer Dekarbonisierung erreichen.

Energie als zentraler Faktor für Infineon

Zentrale Faktoren für ein internationales Unternehmen wie Infineon sind die Attraktivität eines Wirtschaftsstandorts und die entsprechenden Rahmenbedingungen. Energie und die Kosten dafür spielen eine große Rolle. Sabine Herlitschka, Vorstandsvorsitzende Infineon Technologies Austria AG: „Die Zukunftsfähigkeit der Kärntner Industrie und unseres Wirtschaftsstandorts hängt wesentlich

versorgung aus erneuerbaren Quellen, die uns unabhängig von fossilen Brennstoffen und geopolitischen Krisen macht.“

Anforderungen bei der Treibacher Industrie AG

„Für den gesamten Wirtschaftsstandort Kärnten und für uns als Treibacher Industrie AG ist eine sichere und leistbare Energieversorgung durch erneuerbare Energien von zentraler Bedeutung. Wir sehen, dass sich unser Strombedarf bis 2040 fast verdoppeln wird, da wir verstärkt fossile Energieträger durch grüne Technologien ersetzen“, erklärt auch Rene Haberl, Vorstand der Treibacher Industrie AG. Das betreffe insbesondere den Einsatz von grünem Wasserstoff und die Elektrifizierung von Hochtemperaturprozessen, die heute noch mit Erdgas betrieben werden. Haberl: „Dafür sind erhebliche Investitionen notwen-

FÜNF HANDLUNGSFELDER

1. Das Forcieren eines ausgewogenen und intelligenten Technologiemit aus Wasserkraft, Windkraft, Photovoltaik, Biomasse, Wasserstoff und Speichern. Insbesondere das Thema Windkraft wird in fast allen Ländern kontrovers diskutiert; sie ist im Vergleich zu Wasserkraft und Photovoltaik aber die einzige Technologie, die beinahe zwei Drittel der Energie im Winter produziert. Damit ist Windkraft für die Deckung der Winternachfrage und für die Versorgungssicherheit unverzichtbar.
2. Die Leistbarkeit der Energiewende muss im Fokus stehen; das bedeutet: Es muss der Zugang zu bezahlbarer, verlässlischer und nachhaltiger Energie sichergestellt werden. Und es müssen Förder-systeme evaluiert werden, um Überförderungen von PV-Anlagen zu vermeiden.
3. Die Förderung und der Ausbau erneuerbarer Energien müssen Priorität haben. Das bedeutet mehr Tempo beim Ausbau der Erneuerbaren-Erzeugung sowie eine Entbürokratisierung und Verwaltungsvereinfachung.
4. Die Verfügbarkeit von Wasserstoff muss sichergestellt und die Industrie an internationale Wasserstoffkorridore angeschlossen werden.
5. Es braucht eine verlässliche Netzinfrastruktur, was einen zügigen Ausbau voraussetzt. Dazu müssen Genehmigungsverfahren beschleunigt werden.

Die Broschüre zum Downloaden auf der Website der IV-Kärnten: kaernten.iv.at



Von links: Timo Springer, Sabine Herlitschka, René Haberl und Anton Burger.

Konkret hat Compass Lexecon für die IV-Kärnten und die Kelag ein Projekt zur Versorgung der Kärntner Industrie mit grüner Energie durchgeführt. Die Projektergebnisse werden von Anton Burger, Vice President Compass Lexecon Berlin, wie folgt beschrieben: Die Industrie ist wesentlich für Arbeitsplätze und Wertschöpfung in Kärnten, Kärnten ist eines der Top-drei-

davon ab, dass wir den Übergang zur Klimaneutralität erreichen und gleichzeitig unsere Wettbewerbsfähigkeit steigern. Wir als Halbleiterunternehmen erleben das bereits im internationalen Vergleich: Um eine florierende Zukunft mit sicheren Arbeitsplätzen und Wertschöpfung zu gewährleisten, brauchen wir eine stabile, leistungsstarke und bezahlbare Energie-

dig, die nur eine starke Industrie mit einer klaren Standortperspektive tätigen kann.“

„Inklusive der bezogenen Dienstleistungen steht die Kärntner Industrie für 55 Prozent der Wertschöpfung und mehr als 100.000 Beschäftigte“, sagt Timo Springer, Präsident der IV-Kärnten. Fast zwei Drittel des gesamten Energieverbrauchs müssen in Österreich importiert werden. „Das macht uns anfällig für Preiskrisen und gefährdet die Versorgungssicherheit. Industrie braucht Planungssicherheit“, betont Springer. Der Weg in die Energiezukunft müsse parteiübergreifend außer Streit gestellt werden, sonst würden wertvolle Arbeitsplätze gefährdet. „Wir können uns nicht darauf verlassen, dass andere Länder die Probleme für uns lösen“, sagt Springer. Für leistbare Energie und die Abdeckung der Energiebedarfe brauche es einen nachhaltigen Energiemix; und auf dem Weg dorthin gebe es aus Sicht der IV fünf wesentliche Handlungsfelder (s. Kasten li.).



Die Broschüre zum Thema Energie.



IV-Kärnten-GF Claudia Mischensky.



V.l.: Günther Goach, René Willegger, Jürgen Mandl, Timo Springer.

SOZIALPARTNER GEMEINSAM FÜR TECHNOLOGIEOFFENHEIT

Kärnten wird als Wirtschafts-, Arbeits- und Lebensstandort in den kommenden Jahren und Jahrzehnten verstärkt von kostengünstiger Energie abhängig sein. Versorgungssicherheit, Leistbarkeit und Nachhaltigkeit müssen deshalb gewährleistet werden. Kärntens Sozialpartner haben sich vor diesem Hintergrund aus Sorge um den Standort Kärnten gemeinsam im Rahmen einer Pressekonferenz für einen nachhaltigen Energiemix ausgesprochen, der alle erneuerbaren Energieformen umfasst – und sich in Hinblick auf die Volksbefragung zum Thema Windkraft am 12. Jänner 2025 gegen Verbote ausgesprochen. „Es geht um die Zukunft des Wirtschaftsstandorts und damit auch

um Arbeitsplätze“, waren sich die Präsidenten Günther Goach (Arbeiterkammer Kärnten) René Willegger (ÖGB), Jürgen Mandl (Wirtschaftskammer Kärnten) und Timo Springer (IV-Kärnten) einig. Zu Wort gekommen ist bei der Pressekonferenz auch Christoph Aste von der Initiative „Unsere Energie für unser Kärnten“, die sich gegen ein Verbot der Windkraft in Kärnten einsetzt und auch von der IV-Kärnten unterstützt wird. Detaillierte Informationen dazu gibt es auf der Website der Initiative unter www.energie-fuerkaernten.at. Hier finden sich auch umfassende Unternehmenspakete, darunter Sujets für Logos, Infoscreens, Folder oder Mailvorlagen zum Herunterladen.

Vorstandsklausur zu zentralen Zukunftsthemen

Der Vorstand der Industriellenvereinigung Kärnten hat sich im November bei einer Klausur im Hotel Sandwirth in Klagenfurt intensiv mit zentralen Zukunftsthemen der Industrie auseinandergesetzt. Im Rahmen von vier Arbeitsgruppen wurden die Bereiche Innovation, Internationalität, Investitionen und Arbeit beleuchtet, um konkrete Lösungsansätze für den Standort zu entwickeln und strategische Schwerpunkte zu setzen.

Im Fokus der Diskussionen standen zentrale Fragen wie: Was hemmt die Internationalisierung? Welche Faktoren bremsen Investitionen im Betrieb und am Standort Kärnten? Und wie kann das Arbeitsangebot verbessert werden? Ziel war es, Antworten auf diese Herausforderungen zu finden, die die Wettbewerbsfähigkeit langfristig stärken können. Professionell begleitet wurde die Klausur von Christoph Schneider, Geschäftsführer

von Economica. Neben der Moderation lieferte er fundierten Input und beleuchtete wesentliche Themen wie Kostenentwicklung, Kaufkraft, Wohlstand, Konjunktur sowie die weltweit ungleiche Entwicklung zwischen Produktion und Dienstleistungen. Die erarbeiteten Ergebnisse sollen als zusätzlicher Input für zukünftige Maßnahmen dienen, um die Industrie in Kärnten nachhaltig weiterzuentwickeln.



BÜROKRATIE UND VERBOTE – EIN WIDERSPRUCH ZU UNSERER DNA

Vorschriften und Verbote gefährden Innovation und Wettbewerbsfähigkeit. Statt Bürokratie braucht es Vertrauen in unternehmerisches Handeln.

Als Unternehmerinnen und Unternehmer tragen wir Verantwortung – nicht nur für unsere Betriebe, sondern vor allem auch für unsere Mitarbeiter und deren Familien. Diese Verantwortung nehmen wir nicht auf die leichte Schulter, sie ist der Kern unseres Handelns. Doch damit wir als Industriemotor weiterhin erfolgreich sein können, brauchen wir keine neuen Vorschriften und schon gar keine Verbote, die unsere Arbeit behindern.

Entbürokratisierung ist der Schlüssel, um Prozesse zu beschleunigen und die Innovationskraft in Österreich zu stärken. Statt immer neuer Regulierungen brauchen wir Vertrauen in die Kompetenz und Eigenverantwortung der Unternehmer. Wir schaffen Wertschöpfung, wir schaffen Arbeitsplätze, und wir sind es, die durch unternehmerische Initiative Lösungen entwickeln – auch für Herausforderungen wie die Energiewende. Verbote in diesem Zusammenhang stehen unserem Denken und Handeln diametral entgegen. Sie hemmen die Kreativität und den Fortschritt. Wesentlich für die Attraktivität unseres Wirtschaftsstandorts ist die Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich. Die Verfügbarkeit von Energie und die Kosten hierfür sind dabei entscheidende Faktoren. Um eine florierende wirtschaftliche Zukunft zu gewährleisten, ist eine leistbare und sichere Versorgung mit Energie von zentraler Bedeutung, in welcher Form auch immer. Gibt es diese nicht, wandern Investitionen, Betriebe und damit auch Arbeitsplätze ab. Es braucht Technologieoffenheit und einen Energiemix, der Kärnten langfristig unabhängiger macht.

Wir Unternehmerinnen und Unternehmer setzen auf Innovation, strategisches Denken und Visionen. Nur so können wir nachhaltige, effiziente und wirtschaftlich tragfähige Lösungen umsetzen, die nicht nur den Betrieben, sondern der gesamten Gesellschaft zugutekommen. Dafür brauchen wir einen klaren, unbürokratischen Rahmen und das Vertrauen, dass wir diese Verantwortung mit Engagement und Weitsicht übernehmen. Verordnungen und Verbote passen nicht zu unseren Werten – sie behindern, wo Dynamik und Innovation gefragt sind.

Timo Springer,
Präsident der IV-Kärnten

„Wir brauchen einen disruptiven wirtschaftspolitischen Kurswechsel!“

Christian Helmenstein, Chefökonom der Industriellenvereinigung Österreich, sprach im Rahmen seines Vortrags bei der Philips Austria GmbH über die Notwendigkeit eines positiven disruptiven wirtschaftspolitischen Schocks, dringend notwendige Strukturreformen und eine viel zu geringe Beschäftigungsintensität.

Sind wir schon am Ende der Krise – oder wird es eine Krise ohne Ende? Wer ist tatsächlich der kranke Mann Europas, und warum springt der Konsum trotz höheren verfügbaren Einkommens nicht an? Diese Fragen stellte der Chefökonom der Industriellenvereinigung Österreich, Christian Helmenstein, im Zuge seines Vortrags anlässlich der Mitgliederversammlung der Kärntner Industriellenvereinigung bei der Philips Austria GmbH in Klagenfurt. Mehr als 70 Interessierte aus dem Bereich der Industrie waren der Einladung von Timo Springer, Präsident der Industriellenvereinigung Kärnten, und Claudia Mischensky, Geschäftsführerin der Industriellenvereinigung Kärnten, sowie von Hausherr Hans Peter Rammel gefolgt.

„Nichtstun ist keine Option mehr“

Helmenstein sprach von einem „Stagnationsregime“, in welchem wir uns in Österreich befinden. „Nicht Deutschland ist der kranke Mann Europas – wenn überhaupt, sind wir der kranke Mann Europas.“ Deutschland stagniere, während Österreich sich weiterhin in der Rezession befinde. „Und wir benötigen einen positiven disruptiven wirtschaftspolitischen Schock, um das Stagnationsregime zu verlassen. Nichtstun ist keine Option mehr“, ist der Ökonom überzeugt. In Richtung der neuen Regierung meinte Helmenstein: „Es wird hinsichtlich der Stagnation um die Frage gehen, ob wir wie in Italien 20 verlorene Jahre sehen werden oder doch nur fünf. Wir brauchen nicht nur einen Neustart, sondern auch einen neuen Staat.“

Wo stehen wir in Österreich, wo in Europa, und was können wir tun, um unsere Situation zu verbessern? Laut Helmenstein ist die internationale Konjunkturlage gar nicht so schlecht; Österreich schaffe es nur nicht, am globalen Wachstum von drei Prozent zu partizipieren. Der Grund: „Wir haben uns mit hohen Kosten aus dem Markt gepreist.“ Man müsse demnach dringend über Kostentreiber wie weitaus zu hohe Lohnstückkostendynamiken und Energiekostennachteile reden – und überlegen, wie man die Überbürokratisierung, die vor allem aus Brüssel komme, loswird.

Kein investitionsgetragener Aufschwung

Helmenstein zur Konjunkturschätzung: „Das Gros der Unternehmen in der Industrie erwartet eine weitere Verschlechterung der Gewinnsituation. Im Moment haben wir in den meisten Branchen erheblich unterausgelastete Kapazitäten. Die aktuelle Ertragsituation ist in keiner Weise geeignet, einen investitionsgetragenen Aufschwung auszulösen. Eine Möglichkeit, um gegenzusteuern, wäre es, Sonderabschreibungen vorzusehen und die Investitionsprämie neu aufzulegen.“

Dringend ändern müsse sich auch die Beschäftigungsintensität in Österreich. Die Zahl der Erwerbstätigen ist seit 2019 um fünf Prozent gestiegen, die geleisteten Arbeitsstunden sind um sechs Prozent zurückgegangen. „Wir sprechen über ein enormes Ausmaß an entgangenem Wohlstand. Unsere Wirtschaftsleistung könnte

um sechs Prozent höher sein, wenn wir die gleiche Beschäftigungsintensität hätten wie 2019. Das ist der Preis der Teilzeit.“ Ändern könne man die Situation unter anderem, indem man eine Diskussion darüber führt, wie Beitragsstrukturen so zu verändern sind, dass es nicht mehr möglich ist, mit einem minimalen finanziellen Einsatz das gesamte Leistungsspektrum beispielsweise bei der Krankenversicherung in Anspruch zu nehmen. Es bedürfe also nicht nur einer Höchst-, sondern auch einer Mindestbeitragsgrundlage.

Die aktuelle Konsumflaute erklärt Helmenstein unter anderem mit einem „rationalen Vorsichtssparen“. Und was den Export und die internationalen Marktchancen angeht, rät der Ökonom, alle Chancen des transatlantischen Handels zu nutzen: Entscheidend für den Erfolg sei, ob es eine ähnliche geopolitische Sichtweise gebe. Und das sei bei den USA tendenziell der Fall: „Friendshoring schlägt Nearshoring.“ Vor allem aber: „Wir brauchen in Österreich und in Europa einen disruptiven wirtschaftspolitischen Wandel!“



V.l.: Claudia Mischensky, Hans Peter Rammel, Christian Helmenstein, Timo Springer.

JUNGE INDUSTRIE TAUCHT IN DIE WELT DER CHEMIE EIN

Ende Oktober konnte eine Delegation der Jungen Industrie Kärnten unter Führung der Vorstandsmitglieder Michael Petschnig und Jasmin Pucher einen Blick hinter die Kulissen des Kärntner Werks der Donau Chemie in Brückl werfen. Werksleiter Manfred Ebenberger und JI-Mitglied Lukas Schuh, der das Labor im Werk weiter aufbaut, empfingen die Gruppe zu einer umfassenden Betriebsbesichtigung.

Egal ob in der Papier- und Zellstoffindustrie oder in der Metall-, Pharma- und Lebensmittelindustrie – Chlor, Natronlauge und Salzsäure finden in diversen Anwendungsbereichen Eingang in der Weiterverarbeitung bzw. Herstellung von Produkten, die auf der ganzen Welt gebraucht werden. Mit den rund 150 Mitarbeitern im Werk Brückl wird nach neuesten technologischen und Umweltstandards produziert.



HERBERT KULTERER MIT EUROPAPREIS AUSGEZEICHNET

Der EUROPAEUS wird an herausragende Persönlichkeiten verliehen, die den europäischen Gedanken nicht nur aktiv vorleben, sondern auch maßgeblich mitgeprägt haben. Herbert Kulterer (am Foto 4. von li.) wurde als Ausnahme-Unternehmer in der Kategorie „Wirtschaft – Internationalisierung/Pioniere“ mit diesem Preis ausgezeichnet.

Unter seiner Führung und mit seinem innovativen Geist entwickelte sich Hasslacher Norica Timber von einem traditionsreichen Kärntner Forstbetrieb zu einem heute internationalen Marktführer in der Holzindustrie. Die Laudatio auf Herbert Kulterer hielt Timo Springer, Präsident der Industriellenvereinigung Kärnten.

